



TV-Tipp: "Anne Will" – Finale der Sarrazinwoche



Hurra! Heute wird bei [Anne Will](#) (21.45 Uhr, ARD) *irgendwie* bekannt gegeben, dass *unser* Integrationsproblem gelöst ist. Thilo Sarrazin wurde ohne Prozess zum medialen Tod verurteilt, seiner Berufung beraubt und zur Unperson erklärt. Damit ist das Problem der Integration ein für allemal gelöst. Treu dem Motto: Bestrafe einen, erziehe Hundert! **JETZT mit Video.**

Natürlich meint die gute Anne Will das nicht so. Und so verwundert es, dass die WDR-Moderatorin zu ihrer heutigen Sendung fünf Gäste eingeladen hat, von denen zwei Sarrazin-Gegner (Göring-Eckhardt und Wowereit), aber drei mehr (Kelek und Bolz) oder weniger (Bosbach) Sarrazins Thesen zustimmen:

Necla Kelek, die nicht müde wird, uns immer wieder zu sagen, das es eben NICHT an der Gesellschaft liegt, dass sich eine

bestimmte Gruppe von Ausländern, nennen wir sie der Einfachheit halber einmal Moslems, unkonform zur Mehrheit der Bevölkerung verhält. Wer Kelek schon einmal live erlebt hat, der kann bestätigen, dass sie ganz genau weiß, worüber sie redet. Und in Klarheit und Radikalität der Formulierung steht sie Thilo Sarrazin, wie man bei der Buchvorstellung in den Räumen der Berliner Bundespressekonferenz erleben konnte, in nichts nach. Und so wird sie heute Abend faktisch fundiert den Angriff auf die Realitätsverweigerung der Grünlinken Stafetten Katrin Göring-Eckardt und „Ich bin schwul und das ist auch gut so“-Wowereit, starten.

Katrin Göring-Eckardt, Antifaschistin und Bessermensch, wird uns noch einmal verdeutlichen, wie wichtig die moderne Pädagogik gerade bei integrationsresistenten Ausländern, besser Muslimen, ist. Fördern statt fordern, das ist der richtige Weg. Mehr statt weniger. Je mehr Transferleistung, desto mehr muslimische Zuwanderung. Und je mehr Muslime zuwandern, desto heimischer fühlen sich die integrationsresistenten Muslime in Deutschland. Sie fühlen sich dann geborgen und zu Hause. Das Problem ist damit effizient und human gelöst.

Berlins Regierender Bürgermeister **Klaus Wowereit** wiederum sieht zwar Probleme, aber die könnte man mit den Methoden von Göring-Eckardt, mit „ein wenig“ Kleingeld beiseite wischen. Da braucht man nicht so unmenschlich wie dieser Sarrazin zu argumentieren. Wir habens doch – lasst es uns verteilen!

Wolfgang Bosbach, Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages, weiß zumindest wovon er redet. Er prägte 2009 eine Redewendung, die gerade an der Sarrazin-Debatte deutlich ihre Richtigkeit beweist:

“In nichts geht die veröffentlichte Meinung mit der öffentlichen Meinung soweit auseinander, wie beim Thema Integration.”

Ebenfalls mit dabei ist **Norbert Bolz**, Medienphilosoph und [klarer Sarrazinbefürworter](#). Eine Aussage:

„Das ganze ist doch nicht eine Erregung der deutschen Bevölkerung, sondern es ist eine Erregung der Links-Intellektuellen die seit Jahrzehnten den Diskurs dominieren, die das ausgeprägt haben, was wir Political Correctness nennen. Wir haben einen massiven linksgeprägten Diskurs, vor allem in den Massenmedien, vor allem den Öffentlich Rechtlichen...“

Das dürfte die interessanteste Sendung der Sarrazin Woche werden. Warum auch immer Anne Will auf einmal anfängt, politisch inkorrekte Gäste in der Mehrzahl einzuladen, man muss ihr dafür unbedingt Dank zollen.

Video:

So können Sie sich an der Diskussion beteiligen:

- » [Forum](#)
- » [Ihre Meinung an die Redaktion](#)
- » [Necla Kelek im Zuschauer Chat!](#)
- » [Anne Will-Blog](#)

(Video-Upload: Antivirus)

Mutti erlaubt uns das Sprechen



Nachdem auf Geheiß Angela Merkels das Vorstandsmitglied der Bundesbank, Thilo Sarrazin, aufgrund eines Beschlusses der „unabhängigen“ Behörde geschasst wurde, genehmigt die Kanzlerin großzügigerweise ihren Untertanen über die [erhöhte Gewaltbereitschaft strenggläubiger Muslime](#) zu sprechen.

Gleichzeitig warnt sie in der ihr eigenen stringenten Gedankenführung, Gewalt mit einer bestimmten Religion zu verbinden. Und da Merkel schon einmal beim Warnen ist, stellt sie fest, dass es keine Orte und Viertel geben darf, „wo unsere Polizei das Recht nicht durchsetzen kann“.

[Focus](#) schreibt:

Die Regierungschefin sprach sich dafür aus, die statistisch erhöhte Gewaltbereitschaft strenggläubiger muslimischer Jugendlicher nicht zu tabuisieren: „Das ist ein großes Problem und wir können offen darüber sprechen, ohne das der Verdacht der Fremdenfeindlichkeit aufkommt.“

Merkel warnte jedoch davor, Gewalt mit einer bestimmten Religion zu verbinden. „Das führt in die Irre. Gewalt bei jungen Menschen ist oft ein Zeichen dafür, dass sie keine Perspektive für sich sehen. Und da hilft nur Bildung, Bildung, Bildung.“

Nachdem die Kanzlerin der Deutschen zunächst einmal der [„Hürriyet“ ein Interview gegeben hat](#), lässt sie sich nun herab, den Deutschen die Diskussion darüber zu erlauben, warum sie sich von den vielen auch unter humanitären Gesichtspunkten aufgenommen Migranten unter den Rufen „Scheiß Deutscher“ verprügeln lassen müssen.

Der Kanzlerin scheint nicht klar zu sein, dass die Deutschen, von denen sie Schaden abzuwenden in ihrem Eid geschworen hat, nicht mehr „reden“ wollen, sondern endlich von der Politik Lösungen erwarten. Es gehört schon eine gehörige Portion Chuzpe dazu, nun eine Debatte führen zu wollen, nachdem sie selbst denjenigen, der die Debatte in Gang brachte, beruflich und gesellschaftlich vernichtet hat. Aber Merkel verkennt die Situation, wenn sie glaubt, die Bevölkerung würde sich mit einer neuen Runde sinnfreier Debatten – an deren Ende die Integrationsindustrie wieder mit einem neuen Milliardenpaket die Runde verlässt – zufrieden geben.

Der Duisburger Stadtteil Marxloh gilt als Problembezirk. Schon häufiger wurde dort die Polizeiarbeit von jungen gewaltbereiten Migranten sabotiert. Vor dem Hintergrund der neuen Integrationsdebatte meldet sich nun sogar Kanzlerin Merkel zu Wort.

Die Bundeskanzlerin warnte vor einem Zurückweichen des Staates vor Gewalt in Bezirken mit hohem Ausländeranteil. „Es darf in Deutschland keinen Ort und keine Viertel geben, wo unsere Polizei das Recht nicht durchsetzen kann“, sagte Angela Merkel (CDU) der „Bild am Sonntag“ mit Blick auf Situationen in Stadtteilen wie Duisburg-Marxloh, in denen die Polizei vor gewaltbereiten Jugendbanden schon mehrfach kapitulieren musste.

Die Zeit des Redens ist vorbei! Es genügt nicht mehr, festzustellen, dass es das [„Wunder von Marxloh“ nie gegeben hat](#). Und wer nun – wie die Kanzlerin – eine

Parallelgesellschaft dadurch bekämpfen möchte, indem man den Migranten (sprich: Muslimen) keine Deutschen mehr in Ämtern und in der Polizei zumuten will, sondern diese durch Migranten zu ersetzen sucht, der bekämpft das Problem nicht, sondern verstärkt es. Wir brauchen keine Migrantenviertel mit eigenen Polizisten und Beamten. Was wir brauchen, ist ein Politikbetrieb, der Handeln nicht mit der Teilnahme an Integrationsgipfeln, Islamkonferenzen und Talkshows verwechselt.

Der Staat mache viele Angebote, aber die Hauptverantwortung liege bei den Eltern, die ihnen Schule und Gesellschaft nicht abnehmen könnten. Zur Lösung des Problems sprach sich die Kanzlerin für mehr Migranten im öffentlichen Dienst aus: „Es würde sicher helfen, wenn wir in Polizei, Jugendämtern und anderen Behörden mehr Migranten hätten.“

Es hat nur wenige Tage gedauert, bis die Bundeskanzlerin auf vorab veröffentlichte Auszüge aus dem Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin reagierte. Aber angesichts solcher Probleme wie in Marxloh geruhte Ihre Gnade Merkel erst zwei Jahre, nachdem die Polizei dies zum Angstraum erklärte, darauf einzugehen.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hatte zuletzt mehrfach auf den Duisburger Problemstadtteil mit über 35 Prozent nicht deutscher Bevölkerung und hoher Arbeitslosigkeit hingewiesen. Polizisten dort verstärkt auf enorme Feindseligkeit stoßen, die überwiegend von Türkisch- oder Arabischstämmigen ausgehe. Der frühere Duisburger Polizeipräsident Rolf Cebin bezeichnete Marxloh schon 2008 als „Angst-Raum“. Vor wenigen Wochen warnte er erneut vor der dort ständig wachsenden Aggression junger Ausländer.

Was bietet uns Frau Merkel nun als Lösung an? Richtig, wir dürfen darüber reden, ohne gleich fremdenfeindlich zu sein.

Danke, aber das genügt nicht mehr! Oder wie es auf dem Fußballplatz so schön heißt: „Wir wollen Euch kämpfen sehen!“ Aber vielleicht hat der ein oder andere Spieler schon Vertragsverhandlungen mit einer anderen Mannschaft aufgenommen. PI wird heute noch einen Mannschaftsmanager vorstellen, der sich sehr expansiv am europäischen Markt bewegt.

(Spürnase: Antivirus)



BILD setzt sich für die Meinungsfreiheit ein



Das hätte Axel Springer sicherlich erfreut: Die BILD-Zeitung richtet heute in einem sehr lesenswerten Beitrag einen Appell an die Meinungsfreiheit in Deutschland, die schon längst keine mehr ist. Wer sich – wie jetzt Thilo Sarrazin – nonkonform äußert und nicht gewünschte Wahrheiten ausspricht, wird (bislang) öffentlich vernichtet. Kommt jetzt ein Umdenken?

Die Bild stellt unter dem Titel [„Diese Sätze muss man sagen dürfen, weil...“](#) neun unbequeme Meinungen und die Fakten zur Diskussion. Wir veröffentlichen einige davon:

„Auf den Schulhöfen muss Deutsch gesprochen werden“

Fakt ist: Kinder und Jugendliche, die nicht richtig Deutsch sprechen, haben kaum Aufstiegschancen, sind anfälliger für Gewalt und Kriminalität. Bei den Mehrfachtätern (fünf und mehr Gewalttaten) belegen zum Beispiel türkischstämmige Jugendliche mit 8,3 Prozent einen vorderen Platz. Dort, wo türkische Jugendliche schulisch gut integriert sind, sinkt ihre Gewaltrate deutlich. Ausländische Jugendliche sind doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie deutsche. Einer der Hauptgründe: mangelnde Deutschkenntnisse.

[...]

„Ich will mich nicht dafür entschuldigen müssen, ein Deutscher zu sein“

Fakt ist: „Kartoffeln“, „Scheiß Deutsche“, „Schweinefleischfresser“ – so werden Deutsche in Deutschland beschimpft, an Schulen, in der U-Bahn, auf der Straße. Die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig (beging im Juli Suizid) beschreibt in ihrem Buch „Das Ende der Geduld“ die Deutschenfeindlichkeit vieler Migrantinnen. Sie schildert den Fall, das türkischstämmige Jugendliche junge Frauen als „deutsche Huren“ titulierte und sagte, Deutsche könne „man nur vergasen.“ Heisig stellt fest: „Wenn Deutsche sich so gegenüber Ausländern verhalten, nennen wir das Rassismus.“ Dabei ist Deutschland ein so tolles Land, auf das auch Migrantinnen stolz sein können. So wie die deutsch-libanesische Familie in Berlin, die zur Fußball-WM ihr ganzes Haus in Schwarz-Rot-Gold gehüllt hat.

„Zu viele junge Ausländer sind kriminell“

Fakt ist: In einigen Stadtteilen von Berlin ist die

Gewaltkriminalität muslimischer Jugendlicher laut Schätzungen der Jugendrichterin Kristin Heisig (†2010) aus dem Jahr 2008 rund dreimal so hoch wie unter deutschen Jugendlichen. Und der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch stellte 2007 fest: Rund 80 % aller „eingetragenen Intensivtäter“ stammen aus Einwandererfamilien. Und: Seit 1985 hat sich der Ausländeranteil in deutschen Gefängnissen nahezu verdoppelt. So sind beispielsweise in Hessen 45 % der insgesamt etwa 6000 Strafgefangenen Ausländer – die größte Gruppe unter ihnen (19,2 %) sind Türken. Zum Vergleich: Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung liegt derzeit bei 8,9 %.

[...]

„Ausländer, die sich nicht an unsere Gesetze halten, haben hier nichts zu suchen“

Fakt ist: Verurteilte Straftäter ohne deutschen Pass sitzen ihre Gefängnisstrafe (zumindest zu Teilen) ab, können anschließend abgeschoben werden. Aber: Kriminelle Ausländer mit gültiger Aufenthaltsgenehmigung können nur ausgewiesen werden, wenn sie „eine gegenwärtige, hinreichend schwere Gefahr für die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Sicherheit“ darstellen. Da sich das selbst bei Gewalttätern oft nicht nachweisen lässt, dürfen scheinbar reumütige Kriminelle häufig in Deutschland bleiben.

„Nicht wir müssen uns den Ausländern anpassen, sondern sie sich uns“

Fakt ist: Rund zwei Milliarden Euro und mehr gibt Deutschland pro Jahr für die Integration aus, hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ errechnet. Eine ganze Industrie lebt bei uns von Migrationsberatung oder Kursen zur „Förderung interkultureller Kompetenz“. Ein englisches Sprichwort lautet: „Wenn du in Rom bist, benimm dich wie die Römer“. Thilo Sarrazin schreibt in seinem Buch: „Es reicht aus, dass Muslime unsere Gesetze beachten, ihre Frauen nicht

unterdrücken, Zwangsheiraten abschaffen, ihre Jugendlichen an Gewalttätigkeiten hindern und für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen. Darum geht es.“

Sehr schön auch der Kasten links vom Artikel mit dem Titel „UND SOLCHE DUMMEN SÄTZE KÖNNEN WIR NICHT MEHR HÖREN!“:

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU): „Das, was er gemacht hat, verstößt mindestens gegen den Grundsatz: ‚Das tut man nicht.‘ Wir brauchen keine Belehrung. Wir wissen um höhere Gewaltneigung bestimmter Ausländer. Wir wissen um Integrationsprobleme. Die Fragen, die Sarrazin stellt, stellt sich die Politik längst.“

BILD meint: Warum hat dann niemand was getan, wenn alle Probleme soooo bekannt sind?

CSU-General Alexander Dobrindt: „Der Typ hat einen Knall. Aber man muss über Integration in Deutschland diskutieren und über den mangelnden Integrationswillen von türkischstämmigen und muslimischen Migranten sprechen.“

BILD meint: Warum hat er dann einen Knall?

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD): „Er ist offensichtlich bei der Bundesbank nicht ausgelastet und freut sich über den Medienrummel, der entstanden ist. Es ist auch ein „großes Stück Eitelkeit dabei“.

BILD meint: Und Sie sind gar nicht eitel...?

Grünen-Chefin Claudia Roth: „Gespräche helfen bei diesem Quartalsirren nicht weiter.“

BILD meint: Irre ist, wer anderen das Reden verbieten will.

Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit: „Dieser Mann ist einfach nur dumm und ein Irrer.“

BILD meint: Unsachlichkeit hilft auch nicht weiter.

Grünen-Chef Cem Özdemir: „Er ist kein seriöser Gesprächspartner.“

BILD meint: Zur Politik gehört auch, sich mit unbequemen Gesprächspartnern unterhalten zu können.

Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD: „Er hat Freude an der allgemeinen Aufregung.“

BILD meint: Woher wollen Sie das wissen?

PI meint: Weiter so, BILD!



Schreiben Sie dem Bundespräsidenten!



Support Sarrazin –

für die Meinungsfreiheit! Werte Leser und Kommentatoren, Bundespräsident Christian Wulff entscheidet jetzt erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik über die [Abberufung eines Bundesbankvorstandsmitgliedes](#). Es gibt eine Möglichkeit, öffentlich und direkt dem Bundespräsidenten zu schreiben. Tragen Sie Ihre Meinung zum Thema Thilo Sarrazin und dem Vorgehen gegen ihn in das [Gästebuch des Bundespräsidenten](#) ein. Anschließend kopieren Sie den Eintrag und posten ihn hier auf PI. Dann können Sie sicher sein, dass er nicht verloren geht.

CDU und SPD fordern jetzt, nachdem Dr. Thilo Sarrazin das Thema Integrationsverweigerung durch Muslime explizit durch sein Buch klar an Volkes Sprache orientiert auf den ersten Platz der öffentlichen Meinung gesetzt hat, eine [„Integrationsdebatte“](#). Debatten hatten wir genug, diese Initiative ist reine Augenwischerei! Thilo Sarrazin soll seiner Posten enthoben werden, weil er die Debatte anstieß – die Parteien hätten das Thema ohne Sarrazin weiter klein- und schön geredet und werden dies auch in Zukunft, sobald die Diskussion abgeebbt ist, tun.

In diesen Tagen geht es nicht um irgendetwas profanes. Es geht vielmehr um das endgültige Abrutschen der sogenannten „Parteiendemokratie“ in den Status der Bananenrepublik! Mit der hysterischen Kreischattacke der versammelten Politiker aller Parteien gegen Herrn Dr. Thilo Sarrazin wird Einfluss auf ein Verfassungsorgan, die Bundesbank, genommen. Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben, dass sich ein Bundesbankvorstand der Political Correctness beugen musste. Die sogenannten Volksparteien haben bisher schon immensen Schaden an demokratischen Werten angerichtet. Von wirtschaftlichen Schäden wollen wir noch gar nicht reden. Die Parteien haben für das Entstehen einer großen Partei – der größten – selbst gesorgt: die Partei der Nichtwähler!

Diese Demokratie ist nicht mehr durch die Parteien repräsentativ für die Bevölkerung. Der derzeitige ungeheuerliche Vorgang einer Hexenjagd gegen das Sarrazin ist

unerträglich für jeden demokratisch gesinnten Bürger. Stehen Sie auf! Verfassen Sie Ihre Meinung und setzen Sie diese in das Gästebuch des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Schreiben Sie Leserbriefe an Zeitungen. Wir sind endgültig an einem Scheideweg angelangt. Unterstützen Sie Dr. Thilo Sarrazin. Organisieren Sie in Ihrer Umgebung die Mitbürger zum Protest. Lassen Sie Politik auf Wirklichkeit treffen. Haben Sie Mut, Sie sind nicht allein. Millionen Bundesbürger denken wie Sie!

Wenn wir jetzt nicht für unser Land eintreten, dann verlieren wir unsere Freiheit. Dies ist eine dramatisch ernste Situation. Die Parteienlandschaft ist bereit, unsere Verfassung der Politischen Korrektheit zu opfern. Es ist nicht mehr Zeit für Bequemlichkeit. Es ist Zeit zum Handeln. Jeder einzelne kann etwas tun. Es spielt keine Rolle, welcher politischen Richtung Sie angehören. Wenn Sie Demokrat sind, dürfen Sie nicht länger schweigen. Haben Sie Mut und sagen Sie NEIN zur Absetzung von Dr. Thilo Sarrazin aus dem Bundesbankvorstand!

[Hier](#) gehts zum Gästebuch des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Vergessen Sie nicht, Ihren Beitrag zu kopieren und bei PI ebenfalls zu posten. Schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich per E-Post an das Bundespräsidialamt. Schicken Sie auch einen postalischen Brief auf Papier.

Hier die weiteren Kontaktdaten:

- » Briefpost: Bundespräsidialamt, 11010 Berlin
 - » bundespraesident@bpra.bund.de
 - » bundespraesidialamt@bpra.bund.de
-

Bosbach stimmt Sarrazin zu



Nun kommt auch der konservative Flügel der Union in Bewegung. Wolfgang Bosbach (CDU) erklärte gegenüber dem [Schwarzwälder Boten](#), er würde den SPD-Politiker nicht aus der Partei drängen. Eine Volkspartei müsse Kontroversen aushalten.

Zur Frage des Hinauswurfes aus der Bundesbank hält sich Bosbach wohl mit Rücksicht auf seine Parteichefin zurück, weist aber indirekt darauf hin, dass dies wohl die Unterstützung für Sarrazin stärken werde. Bosbach rät der Union, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen, was in einer Demokratie und dem tausendsten Appell in dieser Richtung allerdings kein revolutionärer Ansatz ist.

Herr Bosbach, nehmen wir mal an, Thilo Sarrazin (SPD) wäre CDU-Mitglied. Wären Sie für seinen Ausschluss?

Nein, ich würde ihn nicht ausschließen. Eine große Volkspartei muss auch kontroverse Debatten führen. Was nicht heißt, dass ich jede These von ihm teile. Er macht von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch. Die Grenze liegt bei strafrechtlich relevantem Verhalten. Das allerdings sehe ich nicht. Noch mal: Eine lebendige Demokratie muss auch provokante Thesen ertragen.

Ist die durchgehende Biologisierung seiner Argumentation, das Gerede von dem jüdischen Gen, nicht eine Grenzüberschreitung?

Beim Thema Zuwanderung und Integration kann ich nur sagen: Wo Thilo Sarrazin recht hat, hat er recht. Was mich aber stört,

ist seine durchgehende Verallgemeinerung, denn es gibt auch millionenfache Beispiele gelungener Integration. Beim Thema Vererbung und genetische Disposition hat er sich völlig vergaloppiert. Das ist auch wissenschaftlich nicht haltbar. Aber einen Parteiausschluss oder solch hysterische Debatten wie in den letzten Tagen halte ich für überzogen.

Auch die Kanzlerin scheint zu denken, Sarrazin beschädige das Ansehen der Bundesbank.

Das muss die Bundesbank selbst beurteilen. Aber mit jeder weiteren Forderung nach seiner Entfernung aus dem Bundesbank-Vorstand werden wir nur einen Effekt erleben: das Steigen der Buch-Auflage.

Geben Sie ihm in seiner Analyse recht?

Trotz der vielen Beispiele gelungener Integration gilt: Es gibt viel zu viele Fälle von Integrationsverweigerung und Bildung von Parallelgesellschaften. Aber: Wir haben auf Wunsch der deutschen Wirtschaft bis 1973 gezielt Menschen aus Südeuropa, Nordafrika und der Türkei zu uns geholt. Sie waren bewusst für einfache Tätigkeiten angeworben worden. Damals ging es nicht um den weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe, um Ingenieure und Wissenschaftler. Wir brauchten tüchtige Arbeiter. Also dürfen wir uns nicht wundern, dass auch viele Menschen aus bildungsfernen Schichten gekommen sind.

Sarrazin hält aber Bildung für eine Lebenslüge unserer Gesellschaft – einen Fetisch.

Diese These teile ich nicht. Wir sind mitten im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Bildung ist unser wichtigster Rohstoff. Anders gesagt: Wer nichts im Boden hat, muss was in der Birne haben. Aber die staatlichen Angebote alleine reichen nicht. Hinzu kommen muss das Bildungsinteresse im Elternhaus. Man kann nicht jede Verantwortung dem Staat übertragen. Die Förderung des

Bildungsinteresses muss im Elternhaus beginnen.

Sarrazin geht es um Türken und Araber. Aber benennt er nicht allgemeine Unterschichtenprobleme etwa im fast rein deutschen Berlin-Hellersdorf und im Multikulti-Neukölln?

Ja und Nein. Es ist unübersehbar, dass in bestimmten Zuwanderungsgruppen kaum Integrationsprobleme feststellbar sind. Im Gegenteil: Nehmen Sie die Zuwanderer aus Vietnam. Deren Nachkommen haben einen höheren Anteil an Gymnasiasten als ihre deutschen Nachbarkinder. Offensichtlich ist das Bildungsinteressen in diesen Gruppen größer als in anderen Herkunftsmilieus. Mit dem Hinweis darauf, dass es Problemgruppen gibt, hat Sarrazin recht. Das bedeutet keine Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, sondern die Feststellung einer schlichten Tatsache.

Die Bürger haben den Eindruck: Wer in Deutschland klar seine Meinung sagt, wird von den Vertretern der politisch korrekten Meinung niedergemacht.

Ich habe selbst schon erlebt, dass man sehr schnell in die rechtsradikale Ecke gestellt wird, wenn man auf Probleme bei Zuwanderung und Integration hinweist – selbst wenn alle vorgebrachten Zahlen und Fakten stimmen. Dafür haben die Menschen ein feines Gespür – Menschen, die absolut nicht ausländerfeindlich sind. Sie wollen, dass man sich mit jemandem, der von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch macht, inhaltlich auseinandersetzt und ihn nicht als Person angreift.

Wird sich denn inhaltlich nach dem ganzen Trubel irgendetwas bewegen?

Was Sarrazin als Handlungsempfehlungen gibt, ist eine gewisse Mischung aus Maria Böhmer (CDU), der Integrationsbeauftragten der Regierung, und Heinz Buschkowsky (SPD), dem Bürgermeister von Berlin-Neukölln. Das heißt, viele seiner Forderungen sind

längst erfüllt oder Gegenstand lebhafter politischer Debatten. Insofern kommt das Buch spät. Nie wurde in Sachen Integration mehr getan als seit der Zeit der Großen Koalition. Vom Integrationsgipfel und der Islamkonferenz bis zu den bundesweit flächendeckenden Angeboten an Sprach- und Integrationskursen. Die Handlungsnotwendigkeiten hat die Politik erkannt.

Die CDU hält sich in der Debatte auffallend zurück. Was raten Sie ihr?

Sie muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen, darf Probleme nicht tabuisieren, sondern muss sie politisch lösen.

[Hier](#) ist einer der vielen Möglichkeiten im Netz über den Rauswurf Sarrazins aus der SPD abzustimmen.

» wolfgang.bosbach@bundestag.de

(Spürnase: Kater Murr)

Frankreich: Halalfräß für alle erhitzt Gemüter



In Frankreich verkauft eine Imbisskette halal für alle. Das mögen auch einige Sozialdemokraten nicht.

Die WELT versteht das nicht und versucht, uns mit Falschaussagen den Halal-Burger schmackhaft zu machen. Fastfood nach den Geboten des Islam findet sie ganz toll!

Die WELT, die nicht versteht, warum man sich über ein Stück Fleisch in einem pappigen Brötchen aufregen kann, [schreibt](#):

Als einer der ersten reagierte der Bürgermeister von Straßburg. Seine Stadt setze nicht auf die Gruppenbildung bestimmter Bevölkerungsschichten, sagt der sozialistische Bürgermeister von Straßburg Roland Ries. Deshalb sei die Entscheidung von Quick unpassend. Zusammen mit Amtskollegen aus den anderen Gemeinden, in denen die Fast-Food-Kette nun ihre Halal-Burger anbieten will, verlangt er deshalb ein Treffen mit Quick-Firmenchef Jacques-Edouard Charret.

(...)

Doch viele französische Politiker sehen es als Zumutung für die Bürger an, dass sie in den Halal-Quicks keine Wahl mehr haben, da dort ausschließlich nach islamischen Reinheitsgeboten zubereitete Burger angeboten werden.

Zischendurch werden die Leute weiter verblödet, indem man ihnen suggeriert, „Halal“-Fleisch bedeute nur „ausgeblutet“:

Diese enthalten kein Schwein, sondern nur Fleisch von Tieren, die durch Ausbluten getötet werden.

Dabei tötet jeder Schlachthof durch Ausbluten. Eben das unterscheidet Schlachthoffleisch von geschossenem Wild. Nein, der Unterschied des Halalfleisches – was aber beim ungläubigen Publikum [nicht so gut](#) ankommt – ist viel mehr der, dass man den Tieren bei vollem Bewusstsein, also unbetäubt, den Hals aufschneidet. Im Ausblutungsgrad [\(s. S.2\) unterscheiden sich die Tiere nicht](#), eher sind die Halaltiere schlechter ausgeblutet.

Quick selber weist die Vorwürfe von sich. „Bei uns können

Muslimen, Katholiken und Juden ein identisches Produkt essen, ohne jemanden zu stören“, argumentiert Firmenchef Charret. Dennoch reagiert die Imbiss-Kette jetzt auf die Kritik. So will sie in den Halal-Filialen ab Ende des Jahres auch ein Lachs-Sandwich sowie einen klassischen Burger mit Schweinefleisch anbieten. Allerdings könne dieser nur aufgewärmt und nicht vor Ort zubereitet werden, da sonst gegen die islamischen Reinheitsvorschriften verstoßen werde, sagt Charret.

Und das machen wir Dhimmis natürlich keinesfalls: Gegen „islamische Reinheitsgebote“ verstoßen...

TV-Polizist schwer verletzt



Der aus der RTL-Serie „Ärger im Revier“ bekannte Polizeibeamte Michael Frehn ist bei einem Einsatz in Mönchengladbach von einem jugendlichen Intensivtäter schwer verletzt worden. Da Presse und Polizei eisern zur Herkunft des Täters schweigen, blühen die Spekulationen. Vieles spricht erfahrungsgemäß für einen weiteren Fall von Migrantengewalt.

Die [Rheinische Post berichtet](#):

Der Schädel ist gebrochen, ebenso Jochbein, Nase und

Augenhöhle. Mit einem einzigen wuchtigen Tritt ins Gesicht hat der als gewalttätig bekannte Angreifer dem Polizisten vom Einsatztrupp außerdem mehrere Zähne aus dem Kiefer getreten. Der Täter muss mit äußerster Brutalität vorgegangen sein.

Kollegen, die dabei waren, als Michael Frehn plötzlich attackiert wurde, sagen, „es habe sich angehört, als sei eine Kokosnuss geplatzt“, berichtet Kriminalhauptkommissar Ingo Thiel. (...)

Nicht nur in Mönchengladbach werden immer mehr gewaltsame Attacken auf Polizeibeamte registriert. Viele Streifenpolizisten berichten davon, dass man bei manchen Leuten schon vorsichtig sein müsse, wenn man nur nach den Personalien frage.

So muss es auch am vergangenen Samstag gewesen sein. Gegen 0.50 Uhr war bei der Leitstelle ein Anruf von Anwohnern des Kaisers Marktes in Odenkirchen eingegangen. Zeugen hatten das Klirren einer Scheibe gehört. „Die Polizisten fuhren zum Einsatzort, in der Hoffnung, dass sie die Einbrecher noch auf frischer Tat ertappen können“, berichtet Thiel. Doch im Supermarkt konnte niemand mehr entdeckt werden.

Wenig später trafen die Beamten jedoch auf eine Gruppe von acht bis zehn Personen in Tatortnähe. „Weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass sich unter ihnen die mutmaßlichen Täter befinden, sollten die Personalien aufgenommen werden“, so der Kriminalhauptkommissar.

Doch schon der erste Befragte habe sich massiv geweigert. Da er immer aggressiver wurde, packten sich Michael Frehn und ein anderer Kollege den Mann und hielten ihn am Boden liegend ihn fest. Währenddessen kam plötzlich ein weiterer Mann hinzu. Er erklärte, er sei der Bruder, und wurde sofort gewalttätig. Andere zur Verstärkung hinzugezogene Kräfte versuchten, ihn zu bändigen, drohten mehrfach, den Polizeihund einzusetzen.

Der Mann beruhigte sich nicht. In der Sekunde, als der Hund losgelassen wurde, rannte der Mann auf den zweifachen Familienvater Michael Frehn los, der noch am Boden kniete, und trat ihm mit Anlauf ins Gesicht. So schildert es die Polizei. Jetzt sitzt der 20-jährige Roberto S. in Untersuchungshaft. Der Vorwurf gegen ihn: versuchter Totschlag. (...)

Der Täter ist bei der Polizei seit langem als Intensivtäter bekannt, wurde aber von Richtern im Allmachtswahn der resozialisierenden Wirkung ihres Stirnrunzelns immer wieder auf die Bevölkerung gehetzt. Zuletzt wurde der Gewohnheitsverbrecher im vor einem Jahr zu einer zweijährigen „Haftstrafe“ verurteilt, die er dank großzügiger Bewährung in Freiheit verbringt:

Abschreckend wirkte das Urteil offenbar nicht. Tirre: „Es gibt seit langem Auffälligkeiten an der Burgmühle. Wir werden dafür Sorge tragen, dass es aufhört.“

Gearbeitet daran werde schon länger. In Odenkirchen trifft sich regelmäßig eine Gruppe, in der einige als Intensivtäter bekannt sind. „Es gibt Jugendliche, die sehen in ihnen ein Vorbild. Das versuchen wir zu ändern“, sagt Reinhard Lenzen-Fehrenbacher. Leiter der Polizeiinspektion.

Im KommentARBereich der Rheinischen Post meldet sich immer wieder eine angebliche Schwester des Verbrechers zu Wort. Natürlich sei alles ganz anders gewesen. Der Täter sei in Wirklichkeit das Opfer. Erstaunlich wie schnell diese Leute alles lernen und nachplappern können, was zu ihrem Vorteil ist.

Judenhatz in Berlin angekündigt

☒ Wie jedes Jahr findet der muslimische Fress- und Fastenmonat Ramadan auch dieses Jahr seinen traurigen Höhepunkt und Abschluss im weltweit begangenen Al-Quds Tag. Die vom iranischen Menschenschlächter Khomeini erfundene Hassdemonstration unterstreicht die Forderung der Mohammedaner nach Zerschlagung Israels und Tötung aller Juden – nach schiitischem Glauben die Voraussetzung für die Rückkehr des entrückten Imam, des dem jüdischen Messias nachgeahmten Mahdi. Auch in Berlin gehört der antisemitische Hassmarsch seit Jahren zu den Höhepunkten des multikulturellen Jahreszirkus.

Dieses Jahr findet der Hassmarsch der Mohammedaner unter traditioneller Teilnahme von Linkspartei und NPD-Anhängern am 4. September statt. Wie immer wird eine kleine Schar antifaschistischer Mitbürger am Wegesrand mit Israelfahnen den Restanstand des deutschen Volkes repräsentieren. Dazu [berichtet Israelnetz](#):

Seit 1979 folgen jährlich zum Ende des Fastenmonats Ramadan islamistische Organisationen weltweit dem Aufruf zum ‚Al-Quds-Tag‘ als Kampftag des politischen Islam“, heißt es in der Ankündigung. Ajatollah Chomeini habe nach der islamistischen Machtergreifung im Iran seine Anhänger zur weltweiten Ausbreitung der islamischen Revolution, zur „Befreiung“ Jerusalems und zur Vernichtung Israels aufgefordert. „Al-Quds“ ist die arabische Bezeichnung für die Stadt Jerusalem – es bedeutet „die Heilige“.

„In dieser Tradition verbreitet der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mahmud Ahmadedschad, seit Jahren Hasspropaganda gegen die USA und Israel“, schreiben die Initiatoren weiter. „Gleichzeitig unterstützt das Mullah-Regime mit Geld und Waffen antisemitisch ausgerichtete

Terror-Organisationen wie Hisbollah und Hamas gegen Israel und seine Verbündeten, es leugnet den Holocaust, arbeitet an seiner atomaren Bewaffnung, ignoriert Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und übt im Iran eine blutige Terrorherrschaft gegen die eigene Bevölkerung aus.“ Deshalb riefen sie zu einer Kundgebung gegen den antisemitischen und antidemokratischen „Al-Quds-Tag“ auf.

Die Demonstration steht unter dem Motto: „Protest gegen den Al-Quds-Tag: Gegen islamistische und antisemitische Propaganda auf Berlins Straßen – für die iranische Freiheitsbewegung“. Sie beginnt am 4. September um 14 Uhr an der Ecke Kurfürstendamm/Joachimstaler Straße. Zum Initiativkreis gehören unter anderen die Jüdische Gemeinde zu Berlin, die Deutsch-Israelische Gesellschaft in Berlin/Potsdam und der Bund der Verfolgten des Naziregimes Berlin e.V.

Ein Protest, der Mohammedanern wie den ihnen zuarbeitenden Multikulturalisten seit langem ein Dorn im Auge ist, lässt er doch den befohlenen Respekt vor der uns bereichernden Hasskultur des Islam vermissen. Mit Gewaltdrohungen versucht man daher, die Beleidigung der Rechtgläubigen durch den Anblick des Davidsterns zu unterbinden.



Im immer lesenswerten [islamkritischen Blog des iranischen Regimekritikers Tangsir](#) droht ein Ramadankrakeeler jetzt öffentlich mit einer gewalttätigen Judenhatz in Berlin – zum stilvollen Ausklang des mohammedanischen Hassmonats:

Solfikar mit der IP-Adresse 94.170.135.211 schreibt am 30. August 2010 um 17:39:

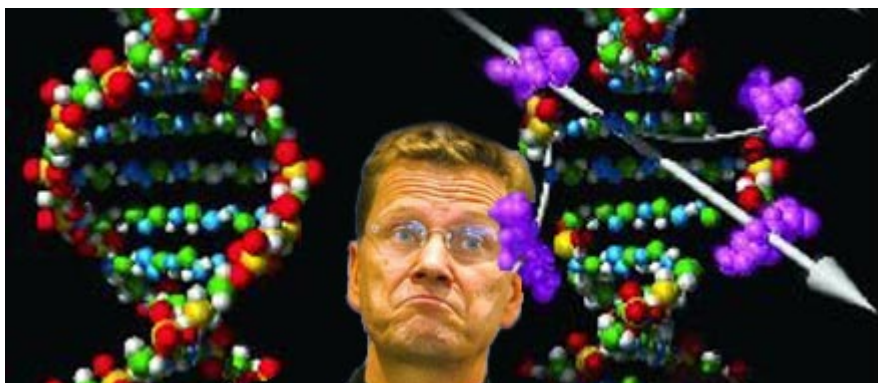
„als zeichen unserer zuneigung werden wir am gods tag in berlin, einigen von ihnen auflauern aus angemessener entfernung folgen und dannzuschlagen wenn der richtig moment

gekommen ist, wir werden das auch in youtube dokumentieren. es wird blutig aber so professionell, das es lange zeit keine zionistenproteste geben wird. es wird keine polizei um euch geben also keine hilfe kommen um eure seelen zu retten.

Die Antwort auf diese Drohung kann nur sein, die pro-israelischen Gegendemonstranten nach Kräften zu unterstützen – trotz der Tatsache, dass darunter auch kommunistische Gruppen vertreten sind, die üblicherweise nicht zum Umgang bürgerlich-demokratischer PI-Leser gehören.

(Fotos: „Al Quds Tag“, Berlin 2009)

Deutsches Empörungs-Gen entdeckt



Ist der Gipfel der Verblödung erreicht, oder kann es noch eine Steigerung geben? Die Träger des deutschen Empörungs-Gens drehen am Rad, nachdem Thilo Sarrazin geäußert hat, Juden würden genetische Merkmale tragen, die sie von anderen Menschen unterscheiden. [Die WELT glaubt](#), es handele sich hierbei um „krude Thesen“ des Erfolgsautors, Guido Westerwelle behauptet plötzlich zu wissen, was ein Gen ist, und gibt „Antisemitismusalarm“ – und

Stephan Kramer stimmt betroffen ein. Sie alle haben unrecht und Sarrazin liegt richtig.

Es ist nämlich tatsächlich wissenschaftlich erwiesen, dass Juden, wie natürlich auch andere Menschengruppen gemeinsamen Ursprungs, eindeutige Spuren in ihrem Genom tragen. Das ist nicht etwa eine „krude These“ Sarrazins und auch nicht ein Hirngespinnst nationalsozialistischer Rassentheorie, wie der Bundesaußenminister sowie alle deutschen Journalisten und Politiker vermutlich annehmen, sondern das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung amerikanischer und israelischer Forscher. Die [medizinische Seite Netdoktor](#) schreibt dazu:

Auch wenn die Vertreter des jüdischen Volkes über den ganzen Globus verstreut leben, tragen sie doch ihre gemeinsame Herkunft im Genom mit sich. Dies haben Forscher aus Israel und den USA nun durch eine umfassende Genomanalyse von Menschen aller Hauptgruppen der jüdischen Diaspora nachgewiesen. Juden aus den verschiedenen Weltregionen teilen demnach zahlreiche genetische Merkmale, durch die sie sich von anderen Bevölkerungsgruppen unterscheiden und die auf gemeinsame Urahnen zurückgehen.

Ausführlicher erklärt es die [linksgerichtete jüdische Internetseite Hagalil](#):

Sobald sich ein Volk, sei dies aus sozialen oder territorialen Gründen, abgrenzt, entwickeln sich genetische Merkmale, die für dieses Volk spezifisch sind. Als Beispiel kann man die Germanen nehmen, die zwar zur gleichen Zeit wie die Kelten lebten, aber sich mit diesen kaum vermischten, so dass beide Völker unterschiedliche DNA-Profile aufweisen und wir diese Unterschiede noch heute in unseren Genpool tragen. Da diese Mutationen von Generation zu Generation weitervererbt werden, kann die genetische Herkunft einer Person auch Jahrhunderte später noch untersucht werden.

Nach halachischem Recht ist jüdisch, wer von einer jüdischen

Mutter geboren wurde oder zum Judentum konvertiert ist. Die enge Verbindung von Kultur, Tradition, Religion und Volkszugehörigkeit zeichnet das Judentum im Besonderen aus. Durch die sich wiederholenden Judenverfolgungen und -Verdrängungen entwickelte sich über die Jahrhunderte eine gewisse genetische Homogenität, die durch einen DNA-Test sichtbar wird. Aktuelle genetische Studien belegen, dass über 60-80% der Juden noch heute ein typisch jüdisches DNA-Profil aufweisen.

Es gibt bestimmte genetische Merkmale, die auf eine jüdische Herkunft hinweisen. Träger derselben oder ähnlicher genetischer Merkmale werden in Haplogruppen zusammengefasst. Die Zugehörigkeit zu bestimmten Haplogruppen kann auf eine jüdische Herkunft hinweisen. Ausserdem wird ein bestimmtes DNA-Profil „Cohen Modal-Haplotyp“ genannt, weil es vermehrt in der jüdischen Untergruppe der Cohanim vorkommt. Dieser Haplotyp weist deutlich auf eine jüdische Herkunft hin.

Auch wenn jemand keine typisch jüdische Haplogruppe hat, kann er trotzdem jüdische Wurzeln haben. Durch den Vergleich des DNA-Profils mit allen anderen Profilen in einer grossen Datenbank, wie die weltgrösste von iGENEA mit über 240'000 Profilen, findet man Personen, die mit einem genetisch übereinstimmen („genetische Vettern“). Wenn viele der genetischen Vettern Juden sind, dann hat mit hoher Wahrscheinlichkeit auch jüdische Wurzeln. Unter <http://www.igeneea.com/> kann jedermann mit einer einfachen Speichelprobe seine genetische jüdische Herkunft untersuchen lassen.

Besonders Linke und GRÜNE, die nicht müde werden, den christlichen Kirchen den Jahrhunderte zurückliegenden Streit um Galileo vorzuwerfen, sind heute ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht, das Aussprechen wissenschaftlicher Tatsachen zu kriminalisieren, die nicht den ideologischen Glaubenssätzen der durchweg naturwissenschaftlich unwissenden Anhängerschaft

entsprechen.

Stephan Kramer aber hat in einer Hinsicht Recht: Nicht alle Juden haben auch die jüdischen Gene. Besonders nicht diejenigen, die gerade erst konvertiert sind. Bei Kramer dürfte es noch einige tausend Jahre dauern, bis das typisch deutsche Empörungsgen, das er so offensichtlich in sich trägt, durch sympathischere Eigenschaften ersetzt wird, wie wir sie an unseren jüdischen Freunden so schätzen.

» New York Times: [Studies Show Jews' Genetic Similarity](#)

Türkei verhaftet deutschen Schriftsteller



Der türkischstämmige deutsche Staatsbürger Dogan Akhanli (Foto) wurde in [Istanbul verhaftet](#). Dem in Köln lebenden Schriftsteller wird von den türkischen Behörden vorgeworfen, vor 21 Jahren an einem Raubüberfall beteiligt gewesen zu sein. Der Zeuge dieses Raubüberfalls wurde nach Angaben des Vereins „recherche international“ unter Folter gezwungen, gegen den unbequemen Kritiker türkischer Politik auszusagen.

Der Zentralrat der Armenier hat in einer [Pressemitteilung die Freilassung Akhanlis](#) gefordert.

Armenier fordern Freiheit für Dogan Akhanli

Der Schriftsteller Dogan Akhanli, deutscher Staatsbürger türkischer Herkunft, ist in Istanbul unter fadenscheinigen Gründen verhaftet und eingekerkert worden. Der Zentralrat der Armenier in Deutschland (ZAD) fordert die sofortige Freilassung des Autors. „Diese Verhaftung ist ein intellektueller und ein rechtlicher Skandal“, so der ZAD-Vorsitzende Azat Ordukhanyan: „Unter dem Vorwand von Ermittlungen in einem 21 Jahre zurück liegenden Fall wird hier das Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen getreten. Dogan Akhanli hat mit seinen Veröffentlichungen zum osmanischen Völkermord an den Armeniern die türkische Leugnungsdoktrin heraus gefordert. Nun wird ihm sein Engagement für die Wahrheit der Geschichte und für die internationalen Menschenrechte zu einer gefährlichen Falle.“ Schon in den 1980er Jahren saß Akhanli als politischer Häftling für lange Zeit in türkischen Gefängnissen, 1991 flüchtete er nach Deutschland. Der ZAD sichert dem Schriftsteller seine volle Solidarität zu und fordert die deutschen Behörden sowie das Berliner Außenministerium auf, unverzüglich aktiv zu werden und alle diplomatischen und rechtlichen Hebel in Bewegung zu setzen, um auf die Befreiung Akhanlis hin zu wirken. Der ZAD bestreitet keinesfalls das Recht des türkischen Staates, gegen einen Verdächtigen in einem Kriminalfall zu ermitteln. Die tatsächliche Faktenlage allerdings, so der ZAD-Vorsitzende, lässt keinen anderen Schluss zu, als dass hier ein mutiger Bürger politisch verfolgt und mundtot gemacht werden soll. „Das wird nicht gelingen“, so Ordukhanyan, „kein Staat der Welt kann die Wahrheit auf Dauer unterdrücken. Das hat die Türkei seit 95 Jahren versucht – vergeblich.“

Es hat sich auch schon eine [Facebook-Gruppe](#) gegründet, die ebenfalls die Freilassung Dogan Akhanlis fordert. Ruprecht Polenz ist der Facebook-Gruppe noch nicht beigetreten. Wenn schon ein Beitritt ansteht, dann aus Sicht von Polenz der der

[Türkei zur EU](#) . Da gehört sie schließlich hin.

» [Aghet – Armenian Genocide](#)



Was uns die Thesen von Thilo Sarrazin kosten



Kurz nachdem Thilo Sarrazin mit seinem Buch „[Deutschland schafft sich ab](#)“ den Finger mal wieder in die Wunde gelegt und alle Gutmenschen in helle Aufruhr versetzt hat, bringt jetzt Udo Ulfkotte sein neues Buch „[Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold. Armut für alle im »Lustigen Migrantenstadl«](#)“ heraus. In seinem Buch bestätigt Udo Ulfkotte die Thesen von Thilo Sarrazin und rechnet uns knallhart vor, was der „lustige Migrantenstadl“ den Steuermichel so kostet.

Die [Leipziger Volkszeitung](#) berichtet:

Islamkritiker Ulfkotte: Sarrazin hat Recht – „Völlig absurde

Migrationsindustrie entstanden“

Der Islam-Kritiker und Buchautor Udo Ulfkotte sieht in der scharfen Kritik an den Zuwanderungsthesen von Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin (SPD) eine „zunehmende Ignoranz der Politik“ gegenüber der Mehrheitsmeinung der Bundesbürger. „Wir sehen gerade wieder, dass Menschen wie Thilo Sarrazin bei Umfragen zwei Drittel der Bevölkerung hinter sich haben. Aber alle führenden Politiker erklären ihn für verrückt. Es ist eine reine Frage der Zeit, bis sich dies rächt“, sagte Ulfkotte der „Leipziger Volkszeitung“ (Freitag-Ausgabe). Es sei nach wie vor nicht gewollt, die Probleme der Zuwanderungspolitik schonungslos zu benennen und Fehlentwicklungen zu stoppen. „Stattdessen proben wir weiter die Aufführung des Märchens ‚Des Kaisers neue Kleider‘. Der einfache Bürger darf nicht sagen, dass der Kaiser nackt ist, man muss als einfacher Bürger immer nur klatschen. So ist das heute in Deutschland, aber irgendwann ist die Märchenstunde zu Ende.“

Die heftige Schelte gegen arbeitsunwillige Migranten ohne Deutschkenntnisse und Sozialhilfebetrüger dürfe nicht als undifferenzierter Rundumschlag missverstanden werden. „Gerade die zugewanderten Mitbürger, die sich hier nach ihren Möglichkeiten integrieren, rechtschaffend leben und ihrer Arbeit nachgehen sowie ihre Steuern bezahlen, fragen sich, warum wir gegen die schwarzen Schafe aus ihren Reihen rein gar nichts unternehmen und diese sogar noch bevorzugen“, so Ulfkotte. Sie seien in Wahrheit die Benachteiligten der Fehlentwicklungen in der Zuwanderungspolitik.

Ulfkotte unterstützt inhaltlich die umstrittenen Thesen Sarrazins zu Migrationsproblemen und Auswüchsen des Islams. Man müsse endlich offen darüber sprechen, dass bis bis 2007 allein durch die Migranten in den deutschen Sozialsystemen ein Minus von mehr als einer Billion Euro entstanden sei. „Wir haben eine völlig absurde Migrationsindustrie entstehen lassen. 1252 Euro könnte jeder deutsche Steuerzahler rein

statistisch gesehen jedes Jahr heute mehr netto in der Tasche haben, wenn wir nicht diese irrsinnigen Summen für bildungsresistente und rückständige Migranten ausgeben würden.“ Migranten, die ohne Deutschkenntnisse und mit geringem Bildungsniveau dauerhaft von den Sozialtransfers abhängig sind, kritisiert Ulfkotte als „Wohlstandsvernichter.“ Auch bei der Kritik an Muslimen unterstützt der Islamkritiker Sarrazin. Der Islam sei vor allem eine aggressive Ideologie, „die unter Demokraten in Europa keinen Platz haben darf“, so Ulfkotte. (...)

Unterdessen unternimmt die [SPD nun einen weiteren Anlauf](#), um Sarrazin aus der Genossenpartei zu werfen. Die CDU geht noch einen Schritt weiter und möchte Thilo Sarrazin auch gerne aus der [Bundesbank entfernt wissen](#).

» LVZ: [Ausführliches Interview mit Udo Ulfkotte zur Thematik](#)

(Herzlichen Dank den vielen Spürnasen)

Merkel: Sarrazins Äußerungen sind diffamierend



Das hat gerade noch gefehlt: Die Kanzlerin schaltet sich in die Sarrazin-Diskussion ein. Sarrazins Bemerkungen ließen die Bundeskanzlerin „nicht ganz

kalt“. Sie findet sie „überhaupt nicht hilfreich“ für die Integration von Ausländern in Deutschland.

„Da müsste ein ganz anderer Ton angeschlagen werden.“ Nun, dann kann sie uns ja zeigen, wie man Moslems „richtig“ integriert. Legt sie bereits den Grundstein für die nächste Große Koalition, in der sie sich offensichtlich deutlich wohler gefühlt hat? Jeder will dabeigewesen sein, wenn die Sau durchs Dorf getrieben wird. Wobei jeder auch noch draufsatteln will, was langsam schwierig wird. Der Zentralrat der Juden empfiehlt Sarrazin allen Ernstes den Eintritt in die NPD. Das ist an Impertinenz wirklich nicht mehr zu überbieten. Die Kanzlerin, die bei der medialen und politischen Hetze unbedingt mitmischen will, [sagte](#):

Thilo Sarrazin provoziert – jetzt auch die Kanzlerin. Angela Merkel findet die Äußerungen des umstrittenen Bundesbankers zu Ausländern in Deutschland „äußerst verletzend und diffamierend“. Der Zentralrat der Juden empfiehlt dem Sozialdemokraten den Eintritt in die NPD.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in scharfer Form auf die jüngsten Äußerungen von Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin reagiert. Dessen Sätze seien „äußerst verletzend, diffamierend und sehr polemisch zugespitzt“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch in Berlin.

Sarrazin hatte erklärt, 40 Prozent der muslimischen Migranten lebten von Transfer-Leistungen.

Frau Merkel, wie wäre es mit einem Beweis des Gegenteils?

Derweil will sich Siegmund Gabriel inhaltlich mit Thilo Sarrazin auseinandersetzen (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)), aber er ist einfach zu sensibel, um sich mit dessen „gewalttätiger“ Sprache zu beschäftigen. Die gewalttätige Sprache des Koran hingegen bereitet ihm wohl keine Kopfschmerzen, und wenn im Internet Moslems zum Terror und

Linke zu Polizistenmorden aufrufen, hat der SPD-Chef bekanntlich weniger Probleme. Sarrazin sei ein „mediensüchtiger Besserwisser“, und der SPIEGEL [bedauert](#), dass man ihn nicht einfach aus der SPD rausschmeißen kann.

Für ein hartes Vorgehen liegen die Hürden höher. Das macht die Lage für Gabriel nicht einfacher. Er weist jetzt ausdrücklich darauf hin, dass man für einen Parteiausschluss letztlich gerichtsfeste Beweise brauche.

Der Druck von außen auf die SPD, gegen Sarrazin vorzugehen, ist groß. Die Grünen warfen dem Politiker an diesem Dienstag „Hasstiraden“ vor. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Volker Beck, sagte: „Wem auf gesellschaftliche Herausforderungen in einer multikulturellen Demokratie nur Beschimpfungen der ohnehin schon Benachteiligten einfallen, hat nicht verstanden, dass Integration ein wechselseitiger Prozess ist.“

(...)

Sarrazin befürwortete „die gesetzliche Diskriminierung von Muslimen“, kritisierte der Interkulturelle Rat in Deutschland, in dem neben Religionsgemeinschaften auch Gewerkschaften, Kommunen und Wissenschaftler vertreten sind. „Um Muslime diskriminieren zu können, ist Sarrazin offensichtlich auch zu einer Grundgesetzänderung bereit. Das ist Rassismus pur“, sagte der Vorsitzende Jürgen Micksch.

Die Berliner SPD-Arbeitsgemeinschaft Migration protestierte schon am Montag: „Nun haben wir es schwarz auf weiß: Sarrazins Positionen sind diffamierend und gefährlich populistisch. Für uns ist Sarrazin schon lange kein Sozialdemokrat mehr.“ Der Berliner Linksfraktionschef Udo Wolf nannte Sarrazins Äußerungen unerträglich, rechtspopulistisch und an Volksverhetzung grenzend. „Der Ex-Senator beurteilt Menschen lediglich nach der Verwertbarkeit für sein persönliches Wohlbefinden.“

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration

und Migration, der sich mit Fragen der Integration und Zuwanderung beschäftigt, kritisierte, Sarrazin bringe „dort, wo er Recht hat, nichts Neues und dort, wo er neu ist, meist eine groteske Mischung von statistisch verbrämten Halbwahrheiten, Vorurteilen, Unterstellungen und bösartigen Verallgemeinerungen“. Das Gremium bezeichnete Sarrazin als „mediensüchtigen Besserwisser“.

Und anstatt die doppelzüngigen Grünen und Linken, deren MenschenrechtsexpertInnen keinerlei Kritik am Islam oder am Sozialismus zulassen, in ihre Schranken zu weisen, redet Gabriel ihnen nach dem Munde.

Das 2004 verstorbene SPD-Mitglied Martin Neuffer durfte 1982, damals, als es noch erlaubt war, die Wahrheit zu sagen, [schreiben](#):

Eine radikale Neuorientierung der Bonner Ausländerpolitik fordert der langjährige hannoversche Oberstadtdirektor, Städtetagpräsidents und NDR-Intendant Martin Neuffer, 57. In seinem soeben erschienenen Buch „Die Erde wächst nicht mit“ Martin Neuffer: „Die Erde wächst nicht mit. Neue Politik in einer überbevölkerten Welt“. Verlag C. H. Beck, München; 195 Seiten; 17,80 Mark. plädiert der linke Sozialdemokrat dafür, die Einwanderung von Türken in die Bundesrepublik „scharf“ zu drosseln und auch das Asylrecht „drastisch“ auf Europäer zu beschränken.

(...)

Bei Emigrationen in Länder gleicher Sprache und verwandter Kultur sind die Belastungen noch am geringsten. Wenn arbeitslose englische Facharbeiter nach Australien auswandern, wo sie gebraucht und mit offenen Armen aufgenommen werden, so gibt es da sicher keine strukturellen, sondern höchstens vorübergehende persönliche Schwierigkeiten. (...)

Da, wo die Umsiedlung in einen sprachlich und kulturell ganz fremden Raum stattfindet, wird der Vorgang problematisch.

Sind es einzelne oder wenige, die diesen Schritt tun, so kann die Integration in die neue Umgebung gelingen – mag sie auch mindestens die beiden ersten Generationen besonders belasten. Handelt es sich um größere ethnische Gruppen, die sich im fremden Kulturkreis ansiedeln, so wird die Chance der Integration teils erschwert, teils auch bewußt abgelehnt.

Das amerikanische Beispiel ist instruktiv. Aus eingewanderten Mexikanern werden keine englischsprechenden Nordamerikaner. Sie bringen ihre spanische Kultur und Sprache mit und bilden eine eigene Gesellschaft. In Wirklichkeit handelt es sich dabei gar nicht um eine Einwanderung, deren Ziel immer die Integration im aufnehmenden Land ist, sondern um eine Art friedlicher Landnahme. Zwischen 1980 und 2000 wird für Mexiko ein Bevölkerungszuwachs von 42 Millionen Menschen erwartet zu den 67 Millionen, die es dort jetzt schon gibt. Welcher Druck von diesem Wachstum ausgehen wird, ist leicht auszumalen. Ein großer Teil wird sich tatsächlich in den USA abspielen.

Ein anderes abschreckendes Beispiel sind die asiatischen Minderheiten in Großbritannien. Tatsache bleibt, daß ihre S.39 Integration offenbar weithin mißlungen ist, daß sie in einer unterprivilegierten Gettosituation leben, zum Teil in kriminelle Verhaltensweisen abgleiten und zu allem anderen auch noch zur Herausbildung von Reaktionen des Rassenhasses bei der eingesessenen weißen Bevölkerung Anlaß geben. Am Ende stehen dann jene grausamen Straßenschlachten und Stadtteilverwüstungen, die an die brennenden Negerviertel der nordamerikanischen Großstädte erinnern.

Was würde die SPD heute sagen? Neuffer nachträglich rausschmeißen? Sich von ihm distanzieren? Wir wissen es nicht, aber wir wissen, dass SPD und Grüne in Umfragen derzeit [weit vor](#) der CDU/FDP-Koalition liegen.

(Spürnasen: Mister Maso, Fritz H., Christiane, Antivirus und Micha K.)

Mord in Marburg

✘ Ein 25-jähriger Marburger, der Mitte August von mehreren Tätern vor einer Gaststätte zusammengetreten wurde, ist am vergangenen Wochenende seinen schweren Verletzungen erlegen. Zwei Täter wurden gefasst, Einzelheiten zu Identität und Herkunft werden verheimlicht. Nach Angaben aus dem Umfeld des Opfers gegenüber PI sollen die Täter aber aus dem seit langem berüchtigten Marburger Waldtal stammen und der Gruppe der Sinti zugehören.

Über die Tat selber [berichtete die Oberhessische Presse](#):

Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei gerieten drei bis vier Männer am Samstag gegen 4.30 Uhr in einer Kneipe am Wehrdaer Weg in Streit. Ein Türsteher warf sie aus der Gaststätte. Vor der Gaststätte prügeln die Täter auf ihr Opfer ein und traten dem am Boden liegenden mehrfach gegen den Kopf. Das Opfer wurde mit schwersten Kopf- und Hirnverletzungen ins Uniklinikum eingeliefert.

Die Polizei erfuhr erst am Samstagvormittag durch die Mutter des Opfers von der Schlägerei. Die Ermittlungen dauern an.

Die Kommentarfunktion zum Artikel wurde von der Redaktion aufgrund „hasserfüllter Unterstellungen“ abgeschaltet. Aufgabe der Presse wäre es allerdings gewesen, so umfassend zu informieren, dass Unterstellungen und Spekulationen gar nicht erst entstehen. Eine Woche später die kleine [Meldung vom Tod des Opfers](#):

Der Mann, der bei einer Schlägerei vor einer Kneipe im Wehrdaer Weg am 14. August schwer verletzt worden war, ist nach OP-Informationen am Sonntag seinen Verletzungen erlegen.

Der 25-Jährige war in den frühen Morgenstunden von zwei weiteren Männern zusammengeschlagen worden und hatte schwerste Hirnverletzungen davongetragen.

Dieses Mal wurde die Kommentarfunktion vorsorglich garnicht erst aktiviert.

Das [Marburger Waldtal](#) ist schon seit Jahrzehnten als sozialer Brennpunkt bekannt. Früher waren es hauptsächlich Sinti, die hier lebten und immer wieder durch Aggressionen gegenüber der deutschen Bevölkerung auffielen. Anstatt der gesetzlichen Autorität nachhaltig Geltung zu verschaffen wurde jahrzehntelang sozialpädagogische Quacksalberei betrieben und das Verbrecherviertel zusätzlich multikriminell überprägt, was der Gewalt weiteren Auftrieb gegeben hat. Bei Youtube feiern sich die Bewohner mit dem szenetypischen Rap-Gesängen:

(Spürnase: Lorbas)

Keine Vorwürfe gegen Oberst Klein



Nach

der

Bundesanwaltschaft hat auch die Bundeswehr die Ermittlungen gegen Oberst Klein eingestellt. Damit ist amtlich: Der Befehl zum Angriff auf zwei entführte Tanklastzüge in Afghanistan war sowohl dienstrechtlich wie völkerrechtlich einwandfrei.

Das [Hamburger Abendblatt berichtet](#):

Die Staatsanwaltschaft begründete damals das Fallenlassen der Ermittlungen damit, dass Kleins Handeln nach den maßgeblichen Kriterien des humanitären Konfliktvölkerrechts rechtmäßig gewesen sei. Eine Strafbarkeit sei daher sowohl nach den Vorschriften des Völkerstrafgesetzbuches als auch des allgemeinen Strafrechts nicht gegeben.

Hierauf hatte der Heeresinspekteur die Wehrdisziplinar-Anwaltschaft beauftragt, Vorermittlungen aufzunehmen und zu prüfen, ob das Handeln Kleins dienstrechtlich zu beanstanden sei. Gegenstand der Prüfung war, ob der Oberst mit seinem Befehl im Rahmen der Isaf-Mission gegen die damals gültigen nationalen wie internationalen Einsatzregeln verstoßen hat. Die Vorermittlungen brachten jedoch keinen Hinweis auf ein solches Vergehen.

Vor wenigen Tagen hatte die Bundeswehr mitgeteilt, dass die Familien der Opfer jeweils 5000 Dollar erhalten sollen. Nach Darstellung der deutschen Stellen beinhaltet die Zahlung aber nicht die Anerkennung einer Schuld deutscher Soldaten und begründet auch keine weiteren Rechtsansprüche.

Ganz abgeschlossen ist der Fall indes noch nicht, da sich der Kundus-Untersuchungsausschuss des Bundestages noch mit dem Luftangriff beschäftigt. Einen Konflikt innerhalb des Ausschusses musste gestern der Bundesgerichtshof schlichten: SPD und Linkspartei scheiterten mit einer Klage, Guttenberg sowie Ex-Staatssekretär Peter Wichert und den früheren Bundeswehr-Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan zeitgleich zu vernehmen. Wichert und Schneiderhahn waren nach dem Luftangriff von Guttenberg entlassen worden. Alle drei waren

von den Ausschussmitgliedern bereits vernommen worden. Die Oppositionsparteien setzten sich jedoch dafür ein, die Zeugen nochmals gemeinsam zu vernehmen, um angebliche Widersprüche aufzuklären. Der Antrag war von Union und FDP abgelehnt worden, woraufhin SPD und Linke vor Gericht gezogen waren. Die Richter urteilten jetzt, dass der Ausschuss mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Gegenüberstellung ablehnen darf.

Bleibt zu hoffen, dass auch SPD und Kommunisten irgendwann einsehen, dass ihr gemeinsamer Krieg gegen unsere Bundeswehr verloren ist. Oder wenigstens diese Schlacht. Und jetzt, da alles vorbei ist, darf sich auch die Kanzlerin ruhig wieder neben den zu Unrecht Beschuldigten stellen – wie einst beim Truppenbesuch im Jahre 2001 (Foto).

Ultras unter den dauerbeleidigten Leberwürsten



Über die Gründe der geringen Spendenbereitschaft der deutschen Bevölkerung gegenüber den Opfern der Flutkatastrophe in Pakistan ist schon viel geschrieben worden, unter anderem hier auf PI (siehe [Ärzte ohne Gewissen](#) und [Spendenebbe für Flutopfer in Pakistan](#)). Jetzt befasst sich

auch die [taz](#) mit dem heiklen Thema und Autor Deniz Yücel, hoppla, nimmt dabei kein Blatt vor den Mund.

Auszüge:

Ihr schlechtes Image [...] haben sich die pakistanische Regierung ebenso wie die pakistanische Gesellschaft in den vergangenen Jahren redlich erarbeitet. (So wie, sagen wir, die Stadt Duisburg auch nicht unverdient zu ihrem wenig schmeichelhaften Ruf gekommen ist.) Nicht nur das Image Pakistans ist beschissen; Pakistan selbst ist ein Scheiß-Staat. Denn, nein, nicht jedes Urteil ist ein Vorurteil; und ja, es ist blöd, aber wahr, dass viele Klischees leider stimmen.

Zum Beispiel dieses: Geschieht irgendwo in der Welt irgendetwas, durch das sich Muslime beleidigt fühlen (und das ist eine ganze Menge), strömen als Erstes in Islamabad, Karatschi oder Rawalpindi bärtige Männer und ganzkörperverschleierte Frauen auf die Straßen, verbrennen Fahnen und wünschen lauthals irgendwem den Tod. Dass sie an ihren Füßen häufig kaum mehr als ein Paar Sandalen aus Autoreifen tragen, scheint diese Leute weniger zu stören als die Veröffentlichung irgendwelcher Karikaturen in einem 5.000 Kilometer entfernten Land. Unter den dauerbeleidigten Leberwürsten, als die sich die Muslime so gerne präsentieren, sind die Pakistanis die Ultras. Aber sie sind keine Hinterwäldler. Auf ihre Weise nehmen sie am Weltgeschehen teil; erst im Juni wieder, als man gegen den Facebook-Gründer Mark Zuckerberg protestierte, weil User der Seite zu einem Mohammed-Karikaturen-Wettbewerb aufgerufen hatten.

„Möge es dir Gott geben“, lautet eine türkische Redewendung, mit man Bettler abwimmelt, denen man nichts geben möchte. Man ist versucht, den Pakistanis diese Phrase zuzurufen. (Wie man geneigt ist zu wünschen, Mullah Omar und die Seinen mögen in ihren Höhlen untergehen.)

Gut, dass wir das nicht so geschrieben haben...